

Berichtsvorlage

Vorlagen-Nr. 1678/IX

öffentlich	X
nichtöffentlich	

Beratungsfolge:

Rat	16.06.2016
Integrationsrat	08.09.2016
Hauptausschuss	15.09.2016
Rat	21.09.2016
Integrationsrat	27.10.2016
Hauptausschuss	16.11.2016
Rat	23.11.2016
Integrationsrat	08.12.2016

TOP:

Stellungnahme zum Beschluss des Rates vom 02.03.2016 zum Thema " Städte - Koalition gegen Rassismus (ECCAR)" und Aufstellung der Mitgliedschaften der Stadt Mönchengladbach

Der Rat hat beschlossen, die Verwaltung möge darstellen, wie das Thema Bündnis gegen Rassismus in Mönchengladbach etabliert werden könnte. In Stadtgesellschaft und –verwaltung sind verschiedene Stellen mit den Themen Extremismus und Rassismus befasst.

Hierbei handelt es sich insbesondere um:

A. Mönchengladbacher Bündnis: "Aufstehen: Für Menschenwürde - Gegen Rechtsextremismus"

Der Anstieg rechtsextremer Gewalttaten veranlasste im Jahr 2000 engagierte Bürger in Mönchengladbach über ihre Organisationen das Mönchengladbacher Forum: "Aufstehen - Für Menschenwürde - Gegen Rechtsextremismus" zu gründen, ab dem Jahr 2007 benannt in Mönchengladbacher Bündnis: "Aufstehen: Für Menschenwürde - Gegen Rechtsextremismus". Organisiert werden die regelmäßigen Versammlungen des Bündnisses durch die Theo-Hespers-Stiftung e. V. Diese hat sich neben dem Gedenken an Theo Hespers und der historischen Aufarbeitung des Widerstandes auch der gegenwartsbezogenen Bekämpfung von Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie Hass und Gewalt verschrieben. Beispielhaft steht hier ein Sorgen-Telefon rund um die Uhr zur Verfügung.

B. Arbeitsstelle für interkulturelle Bildung und Integration

Bei der Stadt Mönchengladbach ist die „Arbeitsstelle für interkulturelle Bildung und Integration“ im Fachbereich 40 (Schule und Sport) angesiedelt. Ein Mitarbeiter ist Interkultureller Trainer und Coach und Systemischer Antigewalttrainer. Schwerpunkte der Qualifikation sind:

- Interkulturelle Trainings
- Antirassismuserbeit
- Islamismus
- Salafismus

Von dort werden außerdem 13 Mönchengladbacher Schulen im bundesweiten Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ begleitet.

C. Wegweiser-Beratungsstelle

Geplant ist darüber hinaus die Einrichtung einer „Wegweiser-Beratungsstelle“, welche im Herbst 2016 ihre Arbeit aufnehmen wird. Hierbei handelt es sich um ein Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW. Der Verfassungsschutz initiiert die Einrichtung von Wegweiser Anlaufstellen vor Ort. Zentrale Ansprechpartnerin für die Stadt Mönchengladbach ist Frau Beigeordnete Schall.

D. Polizeipräsidium Mönchengladbach

Ein wichtiger Akteur zur Bekämpfung von Extremismus, Rassismus und Diskriminierung, ist das Kriminalkommissariat Staatsschutz des Polizeipräsidiums Mönchengladbach, welches zuständig ist für politisch motivierte Kriminalität, Terrorismusbekämpfung und Straftaten in Zusammenhang mit Demonstrationen. Weiterhin existiert beim Polizeipräsidium das Kriminalkommissariat Kriminalprävention und Opferschutz.

E. Wohlfahrtsverbände

Im Rahmen des Programmes zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen (KOMM-AN NRW, April 2016) werden den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege zusätzliche Mittel zur Umsetzung von weiteren Aktivitäten und Maßnahmen ihrer Integrationsagenturen zur Verfügung gestellt. Sie sollen sich verstärkt auf Prävention und Bekämpfung von allen Formen der Diskriminierung, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus ausrichten und die Menschen vor Ort, Einheimische und Flüchtlinge gleichermaßen in den Blick nehmen. Aufgrund der Aktualität des Förderprogramms sind örtliche Initiativen auf dieser Basis noch nicht bekannt.

Voraussetzung für die Schaffung und/oder Unterstützung bereits bestehender Strukturen im Bereich der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung, ist die Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen, die auch für eine entsprechende Fördermittelakquise (z. B. aus dem Bundesprogramm Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit) benötigt werden.

Im Hinblick auf eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen Engagements und der Nutzung von Synergieeffekten kann das Thema Bündnis gegen Rassismus aus Sicht der Verwaltung etwa in die Arbeit des Mönchengladbacher Bündnis: "Aufstehen: Für Menschenwürde - Gegen Rechtsextremismus" über eine entsprechende Leistungsvereinbarung eingebettet werden. Auch eine Verortung bei der Arbeitsstelle für interkulturelle Bildung und Integration erscheint möglich, setzt aber eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung dieser Stelle voraus.

In der Sitzung des Rates vom 02.03.2016 wurde die Verwaltung ferner gebeten, dem Rat eine **Aufstellung der Mitgliedschaften der Stadt Mönchengladbach** zur Verfügung zu stellen, aus der auch hervorgeht, welche Mitgliedschaften seit 1994 im Zusammenhang mit HSK/HSP beendet werden mussten. Eine entsprechende Aufstellung ist als Anlage beigelegt.

gez.
Hans Wilhelm Reiners